

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

2.5.1861 (No. 103)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 2. Mai.

N. 103.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

* Das „Journal des Debats“ über die ungarische Angelegenheit.

Es scheint, daß der Rückschlag, der in der auswärtigen Politik Frankreichs eingetreten, seine Wirkung auch auf die ungarische Angelegenheit, die im Augenblick brennendste aller Nationalitätsfragen, äußert. Dahin könnte wenigstens ein bezüglicher Artikel des „Journal des Debats“ um so eher geäußert werden, als bekanntlich auch dieses Blatt in neuerer Zeit höheren Inspirationen dienlich geworden ist. Aber wenn es diesmal auch nicht einer mächtigen, hinter ihm stehenden Meinung zum Sprachrohr dienen sollte, so wäre doch das, was es über die Bestrebungen des Magyarenthums sagt, schon als eine einfache Stimme in der sonst so wohlgeordneten Pariser Presse der besondern Beachtung werth.

Der Verfasser (Dr. Weiß) macht darauf aufmerksam, wie unlogisch es ist, wenn Ungarn zu Oesterreich sage: „Ich habe weder deine Gesetze noch deine Sprache; ich bin eine von dir scharf geschiedene Race; deshalb kann zwischen mir und dir kein Band mehr sein“, und dagegen den Serben, Dalmatinern, Kroaten und siebenbürgischen Sachsen gegenüber erkläre: „Gesetze, Sprache, Race sind kein entscheidendes Kriterium der Nationalität. Deshalb hindert Euch Nichts, mit mir einen einzigen Bundesstaat zu bilden.“

Durch diesen so gewichtigen Widerspruch werde Ungarn in eine doppelte Gefahr stürzen. Die Magyaren könnten nicht hoffen, daß der Wiener Reichstag die Trennung auf gutlichem Weg vor sich gehen lasse, und die Völker des übrigen Oesterreichs müßten wohl, nicht ohne einigermassen zu glauben, daß eine viertheilungsfähige Union mit der nämlichen Krone Ungarn eben so gut Oesterreich, als Oesterreich Ungarn gegenüber enge Verpflichtungen geschaffen habe, von denen die Deutschen nicht das Recht hätten, die Ungarn zu entbinden. Die deutsche Race habe Kolonien über die Leitha geschickt, die sie nicht ohne Schanz lassen könne; sie bewölke die wichtigsten Städte des Landes: Pesth, Ofen, Preßburg, Temesvar, Debenburg. Ein blutiger Konflikt werde dadurch unvermeidlich, und die Magyaren geriethe dadurch in die Lage, Alles zu verlieren, wenn ihnen das Glück nicht gewogen sei.

Gesetzt aber auch, sie siegten über die Bevölkerungen dieses Reichs, was würden sie mit der Bevölkerung jenseits anfangen? Wie würden sie, einmal von Oesterreich getrennt, den durch sie begonnenen Zerlegungsprozess aufhalten können? Werden nicht die Deutschen der großen Städte, die Kroaten, Rumänen, Serben dasselbe gegen sie versuchen, was sie mit Glück gegen Oesterreich ausgeführt haben? Habe man dies nicht schon in den Jahren 1848 und 1849 gesehen?

Der Verfasser gelangt am Ende zu folgenden Konklusionen: „Die Einigung Ungarns mit Oesterreich auf dem Boden der Freiheit rettet also die Magyaren, wenn sie ihnen auch keinen weiteren Vortheil gewähren würde, sie und die sie umgebenden Länder vor einer stets drohenden Zerlegung. Es ist außerdem sehr schwer, sich eine andere dauerhafte Einigung zu denken, als die wirkliche Einigung unter einem Zentral-Landtage. Weiter nichts wollen, als die Personalunion, nichts Gemeinschaftliches mit den andern Völkern annehmen, als die Person des Königs, heißt auf einer Kombination verharren, deren versuchte Einführung überall gescheitert ist, und die früher oder später entweder mit einer definitiven Trennung, wie zwischen England und Hannover, oder mit einer

wirklichen Einheit unter demselben Parlamente, wie bei England, Schottland und Irland, ausgegangen ist.

Die einfache Personalunion würde jetzt, wo die Konstitution ins Leben getreten, keine sechs Monate dauern. So lange ungefähr hat sie auch 1848 gedauert. Daß die Magyaren möglichst große Befugnisse für den Landtag in Pesth sich vorbehalten wollen, ist begreiflich. Wir gestehen auch zu, daß sie mit Recht diese oder jene besondere Einwendung gegen die Art und Weise der Zentralvertretung, wie diese durch das Statut vom 26. Febr. geregelt wird, erheben. Wenn sie aber das Prinzip des allgemeinen Landtags selbst durch ihre Weigerung, ihn mit Deputirten zu beschicken, läugnen; wenn sie einzig aus dem Grunde, weil es Ungarn mit den andern Provinzen der Monarchie gemeinschaftlich ist, das Statut vom 26. Febr. zurückweisen; wenn sie nicht wollen, daß die österreichisch-slawischen, die magyarisches und kroatischen Brüder durch dasselbe Band wenigstens vereinigt seien, das Genf mit Zürich und Massachusets mit New-York vereinigt; so betreten sie eine Bahn, wozu ihr wohlverstandenes eigenes Interesse, und selbst das Interesse der europäischen Zivilisation und ihnen nachzufolgen verwehrt.

Indem sie dieselbe betreten, gefährden sie nicht allein ihre eigene und ihrer Nachbarvölker Zukunft, sondern sie werden auch viel mehr, als sie es sich eingestehen, den Versprechungen ihrer Vergangenheit untreu. Das Revolutionskomitee von Pesth behauptete in einer am 31. März 1848 an die Kroaten gerichteten Proklamation, „die von den Magyaren aufgezogene Fahne sei nicht die der Nationalität, sondern die der Freiheit für Alle und Jeden“. Zu dieser Freiheit für Alle und Jeden legt nun aber das Statut vom 26. Febr. die Grundlage.

Als vor dem Landtage von 1847 Graf Ludwig Batthany und Franz Deak das Programm der liberalen Partei aufstellten, sagten sie: „Wir sind überzeugt, daß, wenn die Erbstaaten sich gegenwärtig zum Range konstitutioneller Staaten erheben und wenn die Regierung, welche die Gesamtmönarchie beherrscht, von konstitutionellem Geiste befeuert wäre, unsere und ihre, jezt so häufig getrennten, ja manchmal sogar entgegengesetzten Interessen sich leichter versöhnen würden. Die verschiedenen Theile der Monarchie würden durch eine größere Einheit der Interessen, durch ein größeres gegenseitiges Vertrauen zusammengehalten.“ Nun haben sich aber die Erbstaaten auf den Rang einer konstitutionellen Nation erhoben. Jezt oder nie ist der Augenblick für die Magyaren gekommen, dem freien Oesterreich den versöhnlichen Geist zu beweisen, den sie 1847 versprochen. Die Einheit der Interessen, die sie damals herbeiwünschten, ist nur ein Hirngespinnst oder ein Köder, wenn sie nicht durch eine gewisse politische Einheit gewährleistet wird.“

* Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 27. April.

Frankfurt, 30. Apr. In der heutigen Sitzung legte zunächst Präsidium eine von der Bundeskassen-Verwaltung gelieferte Rechnung über die Verwaltung des Fonds der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde im Jahr 1860 vor, deren Richtigkeit anerkannt wurde. Darnach betrug die Einnahme aus Beiträgen der Regierungen 10,237 fl. 21 fr.

und der am 1. Januar 1861 verzinslich angelegte Fond 23,758 fl. 9 fr.

Bayern ließ anzeigen, daß dem erblichen Reichsrath Grafen v. Giech, als Besitzer der Herrschaft Thurnau, die Eigenschaft eines Standesherrn im Sinn des Art. 14 der Bundesakte zuerkannt worden sei.

Der königl. dänische Gesandte gab in Anlaß des Bundesbeschlusses vom 7. Februar l. J. in der Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg eine ausführliche Erklärung ab. Indem die königl. herzogliche Regierung davon ausgeht, daß den holsteinischen Ständen eine allgemein beschließende Befugnis hinsichtlich der gemeinschaftlichen Angelegenheit der dänischen Monarchie rechtlich nicht zustehe und daß eine solche Kompetenz ohne gewisse Vorbedingungen und Garantien praktisch kaum ausführbar sein würde, läßt dieselbe der Bundesversammlung die der letzten holsteinischen Provinzialständerversammlung in der Hoffnung auf eine Verständigung gemachten Eröffnungen und Vorlagen überreichen, um daraus den Nachweis zu führen, daß sie dadurch dem Inhalt und Zweck des Bundesbeschlusses vom 8. März vorigen und 7. Februar dieses Jahres nach Möglichkeit genügt habe. Die königl. Regierung habe nämlich:

1) durch Vorlage neuer Grundzüge für eine gemeinschaftliche Repräsentation der ganzen Monarchie die gegen die frühere Organisation des Reichsraths erhobenen Bedenken beiseite zu wälzen;

2) durch gleichzeitige Vorlegung eines Entwurfs provisorischer Bestimmungen über das Verhältnis Holsteins zu den gemeinschaftlichen Angelegenheiten einen haltbaren Uebergangszustand herbeizuführen gehofft, indem den Ständen des Herzogthums die Gleichberechtigung mit und neben dem Reichsrath und ein verbürgtes Recht zu konstitutioneller Selbstbestimmung angeboten, auch namentlich hinsichtlich Feststellung der Beiträge zu den gemeinschaftlichen Ausgaben alle Einräumungen gemacht seien, welche mit den Rechten des Landesherren und dem geregelten Gang der Regierung vereinbar erschienen;

3) in dem Entwurf einer neuen Provinzialverfassung die früheren ständischen Anträge in entgegenkommender Weise berücksichtigt.

Hierbei ist insbesondere angeführt, daß die königl. Regierung zwar nicht die durch den Bundesbeschluß vom 7. Februar aufgestellten Bedingungen als in den bestehenden Rechtsverhältnissen begründet anerkenne, jedenfalls eine unbedingte Anerkennung für unthunlich rachte, doch gerade in dieser Beziehung ihr ernstes Bestreben darauf gerichtet habe, dem Inhalt des Beschlusses unter L. entgegen zu kommen. Sie habe daher das Patent vom 25. Sept. 1859 durch den §. 13 in sine des Gesetzesentwurfs für die provisorische Stellung Holsteins den Ständen nachträglich zur Behandlung und Beschlußfassung vorgelegt und glaube damit dem gegen die Reichsbesständigkeit der Finanzgesetze des laufenden Finanzjahres gerichteten Passus des Bundesbeschlusses vom 7. Februar vollständig genügt zu haben.

Die Erklärung schließt mit der Angabe, daß von den Ständen sämtliche Vorlagen der Regierung theils ganz abgelehnt, theils mit Bedingungen und Wünschen in Verbindung gebracht seien, welche nach Ansicht der Regierung unzulässig und unmöglich seien, auch als über die Absicht jener Bundesbeschlüsse hinausgehend angesehen werden könnten. Hiezu müsse die königl. Regierung namentlich das von den Ständen bean-

Eine gemüthliche Geschichte.

(Fortsetzung.)

Da Doktor Dornhof so artig war, in die Ideen seiner Frau einzugehen, und gegen beide Herren die Hoffnung aussprach, sie recht bald in seinem Hause begrüßen zu können, so erklärten sie am Schluß der soirée einmüthig, die kleine Frau sei das lebenswürdigste Geschöpf auf Gottes weiter Erde, und ein Stück, dem sie offenbar näher stehe, als sie mit reizender Bescheidenheit zugebe, verdiene wohl kräftigst protegirt zu werden. „Zeitspiegel“ und „Zimmergrün“ brachten denn auch bereits am zweiten Tag Notizen, in welchen das Publikum in schwingvollem Tone auf ein Schauspiel aufmerksam gemacht wurde, das nächstens auf der Hofbühne in Szene gehen werde und vollkommen geeignet schiene, in den weitesten Kreisen Sensation zu erregen. Der Verfasser habe zwar mit unerklärlicher Bescheidenheit die Anonymität gewählt, man behaupte jedoch in gut unterrichteten Kreisen, daß dieses geniale Bühnenprodukt aus der Feder einer der lebenswürdigsten und geistvollsten Frauen unserer Zeit stamme.

Derselbe Notizen erschienen bald auch in anderen Blättern und mehrten sich in dem Maße, als der Tag der ersten Vorstellung herannahte. Insbesondere leistete „Zimmergrün“ Ausgezeichnetes. Dieses Blatt gab vollständige Bulletin's aus; es berichtete über jeden Zwischenfall und erhielt das Publikum fortlaufend über die unbedeutendsten Details, welche auf das Stück Bezug nahmen, in Kenntniß. Der gelehrte Dr. Sachs hatte feierlich im Kaffeekreis erklärt: er wolle den reichbegabten Verfasser oder auch die reichbegabte Verfasserin — er habe zwar die Ehre, die betreffende Persönlichkeit ziemlich genau zu kennen, wolle und dürfe aber sich nicht näher aussprechen — süßen und tragen, und er hoffe, binnen Jahr und Tag der gebildeten Welt zu zeigen, was ein weise gebildetes Talent zu leisten vermöge.

Dagegen hatte der „Zeitspiegel“ einen Augenblick in seinem Eifer

nachgelassen. Der vortreffliche Dr. Fink hatte gleich bei seinem zweiten Besuch einen so vertraulichen Ton angeschlagen, daß ihn die kleine Frau streng zurechtweisen mußte. Hieraus folgte aber, daß der „Zeitspiegel“ durch volle drei Tage über das große Ereigniß schwieg. Da, der beleidigte Dr. Fink erörterte bereits die Frage, ob es der Würde des „Zeitspiegel“ nicht besser entsprechen würde, dem unschuldigen Schwindel mit Strenge entgegenzutreten. Zum Glück erinnerte er sich noch rechtzeitig, daß er stets aufsteigende Talente schonungsvoll zu behandeln pflegte. Was aber seine Privatbeziehungen zu der kleinen Frau betraf, so beschloß er in seinem Siegesbewußtsein, ihre plötzliche Verschwiegenheit als die Lobesgedungen einer Jugend in den letzten Tagen zu betrachten. Je größer der Widerstand, sagte er, sich verweigert die Hände reibend, um so ruhmvoller der Sieg; die Reihe des Spröbtheims werde schon noch einmal an ihn kommen. Und der „Zeitspiegel“ that es bald dem „Zimmergrün“ gleich.

In dieser Weise wurde dem Publikum so warm gemacht, daß der Direktor zwei Tage vor der Vorstellung seiner Cousine erklärte: die Sachen stünden sehr gut. Eines fehlte aber noch, bemerkte er, ein paar wüthende Menschen, die ihre Hände nicht schonen und bei gewissen Stellen in stürmischen Applaus ausbrechen. Zweckmäßig vertheilt und gut geleitet, könnten sie Ausgezeichnetes leisten. Nach kurzem Nachsinnen versicherte die kleine Frau mit glorreichem Lächeln, auch für derartige Leute sorgen zu wollen. Sie ließ zwanzig Karten bringen und dann Herrn Willi Springlin zu sich bitten. Sie versicherte diesen, sie habe von seinem Freunde Hans Fuchs so viel Nüchternes von ihm gehört, daß sie sich vertrauensvoll mit einer wichtigen Bitte an ihn wende. Das Stück, das übermorgen zur Auf-führung komme und dessen Erfolg sie wie Herrn Fuchs lebhaft interessire, lege sie, so zu sagen, in seine Hände, indem sie ihm die Eintrittskarten mit der Bitte übergebe, sie unter seine Freunde zu vertheilen und bei gewissen Stellen, die sie ihm alsogleich näher bezeichnen werde, ihren Beifall in möglichst vernünftiger Weise kundzugeben. Der

schöne Willi nahm die Karten mit unmaßhlichem Anstand und erklärte mit vieler Würde, daß er aufrichtig bedauere, von gewissen höchst einflussreichen Verbindungen nicht im Interesse des Stückes Gebrauch machen zu können, daß er aber unter seinen gegenwärtigen Standesgenossen einige sehr gesunde Wünsche kenne und im Vereine mit diesen das in ihn gelegte höchst ehrenvolle Vertrauen vollständig zu rechtfertigen hoffe. Hierauf notirte er sich sorgfältig jene Stellen, welche seiner besonderen Aufmerksamkeit empfohlen wurden.

XIII.

Tänchungen.

Die Vorstellung fand am anberaumten Tage statt; ihr Erfolg übertraf alle Erwartungen. Das günstig gestimmte Publikum nahm die vielen schönen Stellen des Stückes mit warmem Beifall auf, der sich bei dem wirklichen innern Werth der Leistung allmählig zum Enthusiasmus steigerte, und alle Rücksichtbezüglichen waren glücklich. Die kleine Frau und ihre Freundin weinten im Hintergrund ihrer Loge Freudenthränen und überhäufte sich mit Liebeslügen; Dr. Sachs gab seinen Bekannten zu verstehen, daß er in gewissen schönen Stellen seine Gedanken, ja sogar seine Worte wiederfinde, und Dr. Fink fragte mit überlegenem Lächeln, wie viel wohl ein Kuß von dem schönen Munde werth sei, der so viele herrliche Worte geiprochen? und beide schrieen noch an demselben Abend begeisterte Bulletin's über die Aufnahme, die das Stück gefunden. Und Willi Springlin wußte seine Jubelstimmung selbst nach Schluß der Vorstellung so wenig zu zügeln, daß er Gefahr lief, arreirt zu werden. (Fortsetzung folgt.)

sprachte Recht zur Beschlussfassung über das Budget der gesamten Monarchie und das Verlangen einer ausschließlichen politischen Verbindung Holsteins mit dem Herzogthum Schleswig zählen, da diese Verlangen der bestehenden Staatsordnung und der Unabhängigkeit der andern Landesheile widersprechen, auch über die Kompetenz der Stände hinausgingen. Wenn hierdurch zum Bedauern der Regierung die gehoffte Verständigung vereitelt worden, so müsse sie die Verantwortlichkeit hierfür von sich ablehnen.

Die Erklärung wurde an die vereinigten Ausschüsse verwiesen.

Nach einigen weiteren Mittheilungen einzelner Regierungen, unter denen hervorzuheben ist, daß die groß. hessische Regierung sich mit den eine allgemeine Uebereinstimmung hinsichtlich der Wechselordnung bezweckenden Kommissionsvorschlägen einverstanden erklärte, kamen Berichte in Festungsangelegenheiten zum Vortrag. Auch wurde auf Grund eines Vortrags des Ausschusses zur Vollziehung des Art. 14 der Bundesakte beschlossen, die k. bayrische Regierung zu ersuchen, über eine auf diesen Artikel gegründete Beschwerde des Grafen zu Erbach-Erbach und von Wartenberg eine Erklärung abzugeben.

Schließlich ward das Ergebnis der in der letztvorangegangenen Sitzung stattgehabten Abstimmung über einige Vorfragen zur Revision der Näheren Bestimmungen der Kriegsverfassung des Bundes konstatirt und hiernach folgender Beschluß gezogen:

- 1) Daß unter den obwaltenden Umständen von Revision der bestehenden Bundesmatrikel abzusehen sei;
- 2) daß die Unterscheidung von Haupt- und Reservekontingent wegfalle, und diese beiden Kontingente fortan unter der Benennung „Hauptkontingent“ zusammengefaßt und dem Erbschaftkontingent gegenübergestellt werden sollen;
- 3) daß das aus der Vereinigung des bisherigen Haupt- und Reservekontingents gebildete Hauptkontingent 1 1/2 Proz. der Matrikel betragen solle;
- 4) daß das Erbschaftkontingent von 1/6 auf 1/3 Proz. der Matrikel zu erhöhen sei;
- 5) daß die Bestimmung im §. 1 der revidirten Abschnitte der Kriegsverfassung, wornach das Erbschaftkontingent zur Bildung des dem Heere nachzusendenden Erbsages im eigenen Staate zurückbleibt, unverändert beizubehalten sei;
- 6) daß die Reserve-Infanteriedivision unter Fortdauer der Befreiung von Stellung der Spezialwaffen beizubehalten sei;
- 7) daß der Militärkommission in Erwiderung ihres Berichtes vom 4. Juni v. J. hiervon mit dem Auftrage Kenntniß zu geben sei, die Revision der Kriegsverfassung unerwartet erst auf ihre Berichte vom 11. und 29. Apr. v. J. erforderlichen Beschlußnahme fortzusetzen, dabei insbesondere auch auf diejenigen Punkte Bedacht zu nehmen, deren gleichförmige Regelung im Interesse der Schlagfertigkeit des deutschen Bundesheeres unter allen Umständen nöthig und wünschenswert ist, und ferner über die gesammte Armerkorpseinheitlung, sowie auf Grund des Bundesbeschlusses vom 9. Dez. 1830 über die Eintheilung und Verwendung der Kontingente der Reserve-Infanteriedivision zur Kriegsbefähigung der Bundesfestungen neuerdings zu beraten und bei der diesfälligen Berichterstattung zweckmäßige Vorschläge hierüber zu machen.

Deutschland.

Bruchsal, 30. Apr. Die kürzlich im Regierungsblatt bekannt gemachte amtliche Zusammenstellung über die Hauptergebnisse der Thätigkeit der Gerichtshöfe im Jahr 1860 bestätigt bezüglich der vier Hofgerichte unsere vor einiger Zeit geäußerte Ansicht über eine Geschäftszunahme, während sich bei dem Oberhofgericht eine kleine Verminderung zeigt. Nach der für das Jahr 1859 veröffentlichten Uebersicht betrug nämlich bei dem Oberhofgericht die Gesamtzahl von bürgerlichen Rechtsstreiten, Strafsachen und Ehefreitigkeiten 533, worunter sich 454 neue befanden, wogegen die neueste Uebersicht nur eine Gesamtzahl von 514 mit 440 neuen Sachen enthält.

Für die vier Hofgerichte aber zeigt sich für 1859 an bürgerlichen Rechtsstreiten, Ehefreitigkeiten und Strafsachen einschließlichs jener der Anlagekammern und Schwurgerichte eine Gesamtzahl von 4227 mit 3430 neuen Sachen, während für 1860 die Gesamtzahl sich auf 4352 und die Zahl der neuen Sachen auf 3819 beläuft. Der hauptsächlich maßgebende Zuwachs an neuen Sachen berechnet sich daher auf 389 oder etwas über 11 Prozent. Daran partizipiren übrigens die einzelnen Hofgerichte ziemlich ungleich, denn die Zunahme an neuen Sachen betrug bei dem unterrheinischen Hofgericht 52, bei dem mittelhessischen 279, bei dem oberrheinischen 24, und bei dem Saalkreis-Hofgericht 34.

Sichern Bernehmen nach ist für die Sommerfession des mittelhessischen Schwurgerichts Hr. Hofgerichts-Rath Hildebrandt zum Präsidenten und Hr. Hofgerichts-Rath Dr. Puchelt zu dessen Stellvertreter ernannt worden.

Bruchsal, 30. Apr. Die letzten sehr kalten Nächte haben bei uns mancherlei Schaden angerichtet, indem die jungen Früchte der feineren Obstsorten und auch stellenweise die Triebe der Weinstöcke erfroren; am schlimmsten aber ist es, daß die Winterfrucht, die ohnehin hier und da in Folge des strengen Winters sehr dünn steht, sich nicht umstücken kann, so daß einzelne Felder wieder umgepflügt werden müssen.

Der Plan für das zu erbauende neue evangelische Schulhaus ist nunmehr so ziemlich bestimmt, und wird es darnach neben der katholischen Knabenschule, das sog. Hohenegger-Gebäude, zu stehen kommen. In letzterem sind nun auch durch freundliches Entgegenkommen der städtischen Behörden die nöthigen Räumlichkeiten für die israelitische Volksschule ermittelt worden, deren Schülerzahl so sehr zugenommen hat, daß das bisherige Lokal ganz ungenügend war.

Da die Verpflegung der unehelichen Kinder seit dem Wegfallen des Staatsbeitrages eine große Last für die Gemeinden, insbesondere für die Städte geworden ist, so trägt

sich die hiesige Gemeinde mit dem Plane, ein Waisenhaus zu erbauen, um darin auch jene Kinder unterzubringen; allein finanzielle und sachliche Bedenken werden dies kaum zur Ausführung kommen lassen.

Mannheim, 30. Apr. (Mannh. Z.) In der heutigen Generalversammlung der Mannheimer Dampfschiffahrtsgesellschaft wurden die seitherigen Mitglieder des Verwaltungsraths, welche statutenmäßig auszutreten hatten, nämlich die H. H. Kauer sen., S. Jörger und M. Penel, sowie die Schiffer H. E. de Haas und J. J. Reindorp wieder erwählt.

Aus dem Tauberggrund, 29. Apr. (Sch. M.) Gestern mit Einbruch der Nacht veränderte eine im ersten Augenblicke wie ein Nordlicht anzusehende Röhre einen großen Brand, der in Grünsfeld ausgebrochen war und so schnell um sich griff, daß in wenigen Stunden 37 Wohnhäuser, mehrere Scheunen und Stallungen in Asche lagen. Von der Rauhheit des Feuers gibt einen Begriff, daß z. B. ein Kaufmann, der seine Bücher und eine bedeutende Baarhaft in seines Bruders ziemlich entfernte Scheuer schaffte, gleich darauf gerade diese mit allem daren Gesüchkeiten in Flammen aufgehen sehen mußte. Einzelne, wie u. A. der Pfarrer des Städtchens, konnten sich nur noch durch's Fenster retten. Ein großer Theil der Abgebrannten soll zwar bei der „Colonia“ und dem „Phönix“ versichert sein, Andere aber, Unversicherte, retteten kaum, was sie auf dem Leibe trugen.

Vom Fuße des Feldberges, 28. Apr. So sehr man bei den anhaltenden trockenen, kalten Stürmen endlich einmal Regen wünschte, so fürchtete man doch, daß statt dessen Schnee eintreten möchte. Nachdem es am gestrigen und vorgestrigen Tage ziemlich warm gewesen, so daß fast alle Kirschgen, Zwetschgen und Birnbäume in voller Blüthe stehen, ja sogar einzelne Apfelbäume schon Blüthen treiben, überhaupt Baum und Strauch ihre zarten saftigen Blätter entwickeln, umzog sich gestern Abend allmählig der Himmel mit Wolken, und Jedermann hoffte auf warmen erquickenden Regen. Statt dessen ist nun heute früh Alles wieder mit Schnee bedeckt, der die belaubten Bäume und Sträucher niederdrückt. Das Thermometer zeigte um 5 Uhr 5 Gr. Reaumur, um 7 Uhr nur noch 2 Gr., während der Schneefall fortdauert. Hoffen wir, daß es nicht lange so anhält, daß aber auch durch schnelle Einwirkung der Sonne der Schaden nicht noch größer wird. — Der Holzpreis hat auch hierorts eine enorme Höhe erreicht; das Kastenbuchene Scheiter wurde neulich häufig um 20 fl. versteigert und kostet nach Freiburg zu liefern noch 3 fl. Es ist eine wahre Holzalamität, und wenn nicht durch wohlfeileren Bezug von Steinkohlen Abhilfe geschieht, so wird sicher der Brennholzpreis bei dauerndem Frieden noch mehr in die Höhe gehen, da nur geringe Vorräthe vorhanden sind. Der Gewerksmann, Tagelöhner, Kaufmann geht mit seiner Forderung für Arbeit und Waaren in die Höhe; wie steht es aber mit dem auf einen gewissen festen geringen Gehalt beschränkten Diener? Eine Abhilfe thut hier dringend noth.

Darmstadt, 28. Apr. Der „Mainz. Ztg.“ zufolge erzählt man sich hier, der kurhessische Geh. Rath Schenk zu Schweinsberg, bis zum Austritt Hasenpflug's Mitglied des Märzministeriums, demalsten Oberpräsident des Landeshospital's Haina, sei zum Minister an Hrn. v. Dalwigk's Stelle bestimmt.

Alzei, 27. Apr. Auch hier ist eine Adresse an den Großherzog gegen die Uebereinkunft mit dem Bischof von Mainz im Umlauf. Sie zählt bereits 300 Unterschriften.

Wiesbaden, 30. Apr. Nach der „Rh. u. Lahnb. Ztg.“ wäre der Defan Petemsky von seiner Mission nach Kumburg zurückgekommen. Der dortige Bischof habe in letzter Stunde die von der Regierung in Betreff der Besetzungen vakanter und künftig vakant werdender Pfarreien etc. gemachten Vorschläge dergestalt angenommen, daß der in dieser Beziehung obshawende Konflikt nunmehr als ausgeglichen betrachtet werden könne.

Hanau, 29. Apr. (Fr. Z.) Am nächsten Sonntag soll der neue Turnplatz eingeweiht werden. Man wollte hierzu die Turnvereine der näheren Umgegend einladen, und kam bei der Polizeidirektion um die Erlaubniß ein, mit Musik und schwarz-roth-goldenen Fahnen von dem Bahnhofe durch die Stadt ziehen zu dürfen. Die Polizeidirektion gestattete aber nur einen stillen Aufzug und verbot das Tragen der deutschen Farben. Eine gegen diesen Beschluß bei der Provinzialregierung erhobene Beschwerde hat keinen Erfolg gehabt und ist von dieser Behörde sogar der öffentliche Aufzug der Turner verboten worden. Wie man hört, wird man die Sache nun bei dem Ministerium des Innern zum Austrag bringen.

Berlin, 30. Apr. (Preuss. Ztg.) Sr. Maj. der König hat dem Prinzen Wilhelm von Baden, Großh. Hoheit, Obersten à la suite der Armee, die Schwerter zur 1. Klasse en sautoir des Rothen-Adler-Ordens verliehen.

Berlin, 30. Apr. Alle Nachrichten aus der Provinz Posen stimmen darin überein, daß in Folge der letzten Warschauer Vorgänge die polnische Agitation etwas vorsichtiger geworden ist. Nur ein Theil der Geistlichkeit ist noch ganz in früherer Weise bemüht, die Massen aufzuregen. Doch zeigt sich bei den niederen Ständen im Allgemeinen wenig Neigung, glücklichere Zustände für eine Wiederherstellung der früheren Adelswirtschaft preiszugeben. — Mittheilungen aus Konstantinopel lassen entnehmen, daß von dort her jetzt sehr eifrige Bemühungen im Gange sind, das freundschaftliche Verhältnis mit Preußen zu befestigen. Im Zusammenhang damit steht auch die Verteilung des Weichbildes-Odens an Sr. Maj. den König. Es bestätigt sich, daß der Vertreter der Porte am französischen Hofe, Vely-Pascha, demnächst nach Berlin kommen wird, um die Ordensinsignien zu überbringen. — In Bezug auf die zum Juni in Aussicht stehende Fuldigungs-

feier sind auch jetzt feste Bestimmungen noch nicht getroffen. Unter den dabei in Erwägung kommenden Fragen nimmt die Finanzfrage eine der ersten Stellen ein. Die Erbhuldigung vom Jahr 1840 hat einen Kostenaufwand von etwa 500,000 Thalern mit sich gebracht. Eine ähnliche Summe würde auch jetzt wohl erforderlich sein. Daß die Bewilligung derselben beim Landtag beantragt werden sollte, ist nicht wahrscheinlich. Demnach dürfte wohl der Kronfideikommiß zur Deckung der Ausgaben in Anspruch genommen werden. Doch sollen auch hiergegen noch Bedenken geltend machen. Inzwischen scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Veranstaltung der Fuldigungsfeier ernstlich beabsichtigt wird. Schon jetzt sollen verschiedene in Vorschlag gekommene Gnadenbezeugungen ausdrücklich bis zu diesem feierlichen Akt verschoben worden sein. — In hiesigen sonst wohlorientirten Kreisen spricht man von einer Ausgleichung, die zwischen dem Finanzminister und mehreren hervorragenden Mitgliedern des Herrenhauses in Betreff einiger Änderungsanträge zu den Grundsteuer-Vorlagen zu Stande gekommen sein soll. An einem etwas anderartigen Annahme dieser Vorlagen wird hier fast nirgends mehr gezweifelt. — Dieser Tage kehrt der französische Unterhandlungsbevollmächtigte, Hr. Decker, aus Paris nach Berlin zurück. Beachtenswerthe Mittheilungen ergeben von neuem, daß vom Pariser Kabinet ein ganz besonderer Werth darauf gelegt wird, in Betreff eines Handelsvertrags mit Preußen und dem Zollverein zu einem baldigen Abschluß zu gelangen. Demnach scheint es, als werde von französischer Seite das bisherige Entgegenkommen sich noch wirksamer zu betätigen suchen. — Als zuverlässig wird hier berichtet, daß bei der Ausöhnung Cavours mit Garibaldi dem Freischarführer Versprechungen in Betreff eines baldigen Vorgehens gegen Rom gemacht worden seien.

Koburg, 28. Apr. (Dr. Z.) Der Landtag des hiesigen Herzogthums ist auf morgen einberufen. Die hauptsächlichste Aufgabe desselben besteht in der Beratung über die Etats der mit dem 1. Juli d. J. beginnenden neuen Finanzperiode des Landes.

Leipzig, 29. Apr. Am gestrigen Tage, dem Cantate-Sonntag, mit dem alljährlich die deutsche Buchhändlermesse beginnt, fand die fünfundsiebenzigjährige Jubiläumfeier des Bestehens der deutschen Buchhändlerbörse in dem zu diesem Zwecke festlich decorirten Saale derselben statt. Zur Theilnahme an der Feierlichkeit waren außer den hiesigen und den zahlreicher als sonst zur Messe gekommenen auswärtigen Buchhändlern noch erschienen: der Minister des Innern, Hr. v. Beul, und der Geh. Rath Dr. Weinlig aus Dresden, der Kreisdirektor Hr. v. Burgsdorf, der Rektor der Universität, Hofrath Roscher, und die Repräsentanten anderer königlichen und städtischen Behörden.

Dresden, 27. Apr. Als Zeit für die Abhaltung des deutschen Juristentages in Dresden sind bei der geschäftsleitenden Deputation die Tage vom 27. bis 30. August d. J. in Aussicht genommen.

Dresden, 27. Apr. Am 24. d. kamen in der Kammer mehrere Beschwerden der sächsischen Deutschtatholiken zur Verhandlung. Die Kammer genehmigte eine Reihe von Ausbesserungen, die auf möglichst freie Bewegung der Deutschtatholiken und Schutz derselben gegen polizeiliche Eingriffe der Staatsregierung hinauslaufen.

Wien, 30. Apr. Die gestern schon telegraphisch angekündete Aenderung der „Wien. Ztg.“, betreffend den Abschluß der Verhandlungen über die Bundes-Kriegsverfassung, lautet vollständig:

Unter mehrfachen Variationen, welche über das Abschließen der Berliner Verhandlungen in Umlauf gekommen sind, ist neuerlich mit dem Anschein größerer Bestimmtheit die Behauptung aufgetaucht, daß Oesterreich einen von Preußen ausgehenden rein militärischen Reformentwurf der Bundes-Kriegsverfassung zum Anknüpfungspunkt für Forderungen politischer Natur benütze; daß es unter anderen von Preußen die Garantie des Bestehens von Venetien verlange habe. Wir glauben dagegen behaupten zu dürfen, daß Oesterreich die Forderung einer Garantie dieses ohnehin schon durch die bestehenden Verträge gesicherten Besitzes nicht gestellt hat; ja, daß von Oesterreich Forderungen oder Vorschläge politischer Natur überhaupt nicht fundgegeben worden sind, welche über den Geist und den Wortlaut der Bundesgesetze und der Verträge von 1815 hinausgegangen wären.

Wir können nur bedauern, daß durch einzelne Parteiorgane versucht wurde, die Saat des Mißtrauens und der Mißverständnisse selbst zwischen deutschen Regierungen auszustreuen. Die Regierungen sind von der Nothwendigkeit fortdauernder Verständigung und wahrer Einigkeit zu sehr durchdrungen, als daß nicht die Zuversicht ausgesprochen werden dürfte, es seien zwischen ihnen die guten Beziehungen keinen Augenblick gefährdet gewesen. Es ist aber die Aufgabe aller Wohlwollenden, — statt unlösbare Fragen aufzuwerfen und die Brandsaat der Zwietracht von neuem in ein veraltetes Parteitreiben zu werfen, — lieber nach Kräften dazu beizutragen, daß jeder solcher Anschlag, von wo immer er ausgehe, scheitern möge.

Die Eröffnung des Reichsrathes hat heute in beiden Häusern stattgefunden. Es war dies jedoch eine bloß zeremonielle Formel ohne politische Bedeutung. Es handelte sich darum, die Präsidenten einzuführen, damit der Reichsrath bei seiner eigentlichen politischen Inauguration, welche Mittwoch durch den Kaiser in eigener Person geschehen wird, mit seinem Präsidium an der Spitze bereits vollständig konstituirter vor Sr. Majestät erscheinen kann. Die Thronrede, welche der Kaiser halten wird, soll ein sorgfältig ausgearbeitetes Altentstück sein, welches nicht weniger als fünfzehn geschriebene Folienseiten umfaßt und die Situation des Reiches und das Verlangen, das an den Reichsrath gestellt wird, in eingehender Weise schildert. So wurde heute im Kreise der Abgeordneten erzählt.

Schweiz.

Bellinz, 29. Apr. Zwischen hier und Biasca wurden heute in Gegenwart des Staatsraths Bicari und der Bezirks- und Gemeindefürsorge die Arbeiten für den Bau der Luk-

manierbahn mit einer großen Anzahl von Arbeitern in Angriff genommen. Den Bau leitet unter der Oberaufsicht des Hrn. Oberingenieurs Pestalozzi Hr. Ingenieur Eugier von St. Gallen.

Italien.

* **Turin, 29. Apr.** Die „Nationalités“ melden, daß eine Deputation Garibaldianischer Offiziere und die ganze akademische Jugend von Pavia Garibaldi eine Deputation dargebracht haben. Garibaldi besuchte einen seiner Freunde in einer benachbarten Stadt.

* **Turin, 30. Apr.** Die „Opinione“ versichert, daß der König V. Emanuel einen bevollmächtigten Botschafter nach Stockholm senden werde, um dem König von Schweden die Proklamierung des Königreichs Italien anzuzeigen. Demselben Blatt zufolge soll die schwedische Regierung erklärt haben, daß sie, sobald diese Formalität erfüllt sein würde, das neue Königreich Italien offiziell anerkennen werde.

* **Genua, 30. Apr.** (Sch. M.) Garibaldi befindet sich hier, wo seine Tochter morgen mit dem Garibaldi'schen Offizier Canzio sich vermählen wird. Hierauf wird er nach Caprera zurückkehren.

* **Nom, 27. Apr.** Die Königin Christine wird wieder nach Frankreich reisen. Kardinal Antonelli hat auf eine Note Piemonts, welche die Entfernung des Königs beider Sizilien verlangte, abschlägig geantwortet.

* **Neapel, 27. Apr.** Die in der Basilicata, in Apulien und in Calabrien zerstreuten Banden werden fortwährend von den Bersagliern und den Nationalgardien verfolgt. — Die Briefe aus Neapel bestätigen übrigens die am 24. und an den folgenden Tagen in jener Hauptstadt, bei Gelegenheit eines Fiskulars des Hrn. Spaventa, stattgefundenen Demonstrationen.

Frankreich.

* **Paris, 30. Apr.** Der „Moniteur“ beschäftigt heute die Ihnen gemachte Mitteilung von Verlängerung der Session des Gesetzgeb. Körpers bis 4. Juni. — Die Kommission wegen des französisch-belgischen Handelsvertrags hat ihre Arbeiten bis auf einige Einzelheiten beendet. — Wie die „Patrie“ meldet, haben sich auch alle Landgemeinden der dominikanischen Republik für die Annexion an Spanien ausgesprochen. Die von den englischen Blättern gebrachte Nachricht von einer Protestation gegen dieses Votum erklärt das genannte Blatt für unrichtig. Mittlerweile ist man in Spanien selbst nichts weniger als ruhig über das plötzliche Verschwinden des Infanten Don Juan aus London und fürchtet jeden Augenblick den Präsidenten in irgend einem Hafen landen und seinen misslungenen Versuch erneuern zu sehen. — Der Herzog von Aumale richtete ein Schreiben an die Redaktion des „Journ. des Deb.“, worin er irrtümliche Angaben über das Entstehen der bekannten Droschke berichtet und den wahren, sehr einfachen Lebenslauf derselben erzählt. Aus Notizen, nach Empfang der Rede des Prinzen Napoleon, rasch hingeworfen, seiner Familie vorgelesen und von derselben gebilligt — so entstand die Droschke. Der Brief des Herzogs schließt mit den Worten: „Napoleon III. hat die Prinzen von Orleans erlitten, der Prinz Heinrich v. Orleans aber hat den Prinzen Napoleon internirt.“ Ich kann nicht umhin, Sie bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, wie in einigen deutschen Blättern beharrlich behauptet ist, Prinz Napoleon hat keine Herausforderung ergehen lassen u. dgl. m.; während es doch notorisch ist, daß die Herausforderung ja erging, aber nicht vom Prinzen Napoleon. — Wie man an der Börse versichert, hat der Credit Mobilier Hrn. Crampou, den Verfasser des Jhnen gestern im Auszug mitgetheilten Artikels, bereits assigniren lassen. Wird er für sein kühnes, aber nur allzu wahres Wort allenfalls in eine Geldstrafe verurtheilt werden, so wird, wie man vernimmt, dieselbe von den hiesigen deutschen Bankiers bezahlt werden. — Einer der Kandidaten für den erledigten akademischen Stuhl, Graf Marezellus, ist gestorben. Ihm, dem ehemaligen Gesandtschaftssekretär in Konstantinopel, verdankt bekanntlich das Louvre-Museum die Venus von Milo. Bekannt sind auch seine Schriften über Chateaubriand. Aus den Provinzen laufen Klagen über starken Frostschaden ein.

* **Paris, 30. Apr.** (Ziff. Bl.) Die „Times“ meldet: Die Fichte habe den Großmächten vorgeschlagen, 1000 Franzosen in Beyrut zu lassen bis zur vollständigen Ausführung der von der europäischen Kommission vorgeschlagenen Reformen.

Großbritannien.

* **London, 29. Apr.** In dem Oberhaus bemerkt Lord Wodehouse, daß England entschlossen sei, seine Rathschläge Amerika nicht aufzubringen. Der britische Gesandtschaftsträger habe die Instruktion erhalten, die Hoffnung auszusprechen, daß das gute Einvernehmen zwischen Nord und Süd wieder hergestellt werde; er habe sich aber der Ertheilung von Rathschlägen zu enthalten.

* **London, 29. Apr.** Die englische Regierung hat auf die Nachricht von dem Ausbruche von Unruhen auf den Jonischen Inseln einen Hrn. Stokes mit außerordentlichen Instruktionen an den Gouverneur von Korfu abgeschickt. Derselbe soll darin ermächtigt werden, nöthigenfalls die Jonischen Inseln in Belagerungszustand zu erklären. Korfu ist militärisch besetzt; die Truppen lagern auf den Straßen und öffentlichen Plätzen.

Rußland und Polen.

* **Breslau, 29. Apr., Mittags.** Die „Schles. Ztg.“ meldet aus Warschau, daß die Regierung in einem Erlaß an die Bischöfe erklärt, sie werde gegen Geistliche, welche in den Kirchen das Volk aufreizen, rücksichtslos einschreiten. Eine Anzahl der achtbarsten Männer ist angewiesen worden, keine Gesellschaften bei sich zu empfangen. — Das Projekt zur Organisation des Staatsraths ist polnischen Vertrauensmännern zur Begutachtung mitgetheilt, die Ab-

gabe eines Urtheils von diesen jedoch abgelehnt worden. Dem General Ghruloff und den Truppen, welche den Volksaufstand am 8. unterdrückt haben, wird mittelst kaiserlichen Befehls der allerhöchste Dank ausgedrückt.

Türkei.

* **Agram, 29. Apr.** Der heutige „Agram. Ztg.“ wird aus der Herzegowina gemeldet: Am 11. d. M. wurde von Gado aus eine 2- bis 3000 Mann starke Kolonne gegen Niksic entsendet, um dieses von den Insurgenten zernirte und hart bedrängte Fort zu entsetzen. Es kam zu einem mehrstündigen Kampfe, die Türken wurden noch während des Marsches in Front und Flanken angefallen und mußten nach einem sehr empfindlichen Verluste von beinahe 300 Todten und Verwundeten den Rückzug antreten. Am 25. rückten große Insurgentenmassen gegen Trebigne vor, die sämtlichen türkischen Streitkräfte sammt den Ortsbewohnern rückten ihnen entgegen. Bei Cicovo kam es zum Kampfe, welcher bei Abgang dieses Berichtes bei anhaltendem Kanonendonner noch unentschieden war.

Amerika.

* **Neu-York, 29. Apr.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“ Folgendes über den Fall des Forts Sumter: Wenn es wahr ist, daß Major Anderson über nicht mehr als 76 Mann zu verfügen hatte, so versteht es sich von selbst, daß die Besatzungsmannschaften nur für eine geringe Anzahl von Geschützen ausreichten, während am Ufer an 10,000 Bewaffnete standen und fünf sorgfältig gebaute Batterien von je 10—30 Geschützen ihr Feuer gegen sie ausließen. Am Eingange des Hafens erschienen während der Beschießung drei Schiffe (höchst wahrscheinlich die drei unlängst nach dem Süden entsandten Kriegsschiffe), die den Beschränkten aber entweder nicht helfen konnten, oder nicht helfen wollten. Es ist schon einige Monate her, daß die Behörden von Charleston Strandbatterien aufwarfen, um etwa nähernden feindlichen Schiffen die Einfahrt in den Hafen und den Zugang zum Fort Sumter zu verwehren. Man sparte keine Mühe und Arbeit. Bald starteten alle zur Beherrschung der Einfahrt in den Hafen geeigneten Stellen am Strande von Batterien. Andere Batterien wurden zur Beschießung des Forts Sumter errichtet. Dieses war zur Hälfte armirt, indem es statt der ihm zukommenden 140 Geschütze bloß 75 in Position hatte.

Am 8. Apr. zeigte General Beauregard dem Major Anderson an, Präsident Lincoln habe dem Gouverneur Videns zu wissen gethan, er werde dem Major entweder auf gütlichem Wege oder mit Gewalt Proviant zuschicken. Er zeigte ihm ferner an, er sei dahin instruirte, die sofortige Räumung des Forts zu fordern, und falls man diesem Verlangen nicht willfahre, unverzüglich zum Angriffe zu schreiten. Am 11. war der General mit allen seinen Vorbereitungen fertig und ließ die förmliche Aufforderung zur Uebergabe ergehen. Major Anderson antwortete, er brauche, daß ihm sein Ehrgefühl und seine Pflichten gegen die Regierung nicht erlaubten, auf die Forderung einzugehen. Der General des südlichen Bundes hatte keine Zeit zu verlieren. In den vorhergehenden 3 bis 4 Tagen waren 6 bis 7 Transportschiffe mit 2000 Mann unter dem Geleit von 3 Kriegsschiffen von Neu-York abgefeselt. Man erwartete sie am 12. d. M., und an diesem Tage eröffnete Beauregard auch wirklich sein Feuer.

Natürlich herrschte in Charleston eine feierhafte Aufregung. Ueberall, wo sich eine freie Aussicht bot, wimmelte es von Damen und Herren, die sich das ungewohnte Schauspiel durch ihre Ferngläser anfaben. 5000 Damen waren bereit, jedes von ihnen etwa verlangte Opfer darzubringen.“ Auch der Gouverneur Videns sah sich aus einem günstig gelegenen Hause das „feierliche Schauspiel“ an. Senator Wigfall lief mitten im Feuer umher und schlepte Depeschen, und Senator Chesnut feuerte „zum Vergnügen“ vom Mount Pleasant eine Kanone ab. Von draußen strömte das Landvolk zu Pferd in die Stadt und Reserveretruppen kamen an. Ein nicht zu verachtender Gegner, der ehrwürdige Edward Ruffin aus Virginien, feuerte den ersten Schuß aus der Stevensbatterie ab.“ Den ganzen Tag erdröhte der Donner der Kanonen. Major Anderson erwiderte das Feuer der Belagerer so gut es eben ging, und blickte ferwärts, ob nicht von vorher die erste Döse nahe. Das Feuer des Forts scheint an den Strandbatterien wenig oder gar keinen Schaden gethan zu haben, während einige Geschütze im Fort zum Schweigen gebracht worden sein sollen. In der Nacht auf den 13. liegen die Belagerer ihre Mörserbatterien spielen, und an Nebe war für das kleine Häuflein der Belagerer nicht zu denken. Als die erwähnten Schiffe vor der Hafeneinfahrt erschienen, wurden die ferwärts gelegenen Batterien sofort verstärkt. Allein die Fahrzeuge verhielten sich müßig, und als Feuer im Fort ausbrach, welches Anderson nöthigte, sich mehr mit Köschen als mit Schüssen zu beschäftigen, war an eine Fortsetzung des Widerstandes mit Aussicht auf Erfolg nicht mehr zu denken. Das Stern- und Streifenbanner ward eingezogen, eine weiße Parlamentärflagge aufgezogen, und die unbedingte Uebergabe erfolgte.

In Charleston gab sich ein ungeheurer Jubel kund, und die Glocken läuteten zu Ehren des freudigen Ereignisses. Die Belagerer sollen im Ganzen 2000 Schüsse abgefeuert haben. Die Bewohner der Stadt bezeugten dem Major Anderson ihre Theilnahme, machten aber keinen Hehl aus dem Abscheu, den sie über das Benehmen der Kriegsschiffe empfanden, welche keinen Versuch machten, ihm Verstärkungen zuzuführen.

* **London, 15. Apr.** Die Proklamation des Präsidenten Lincoln, wodurch 75,000 Mann Milizen unter die Waffen gerufen und beide Häuser des Kongresses zu einer außerordentlichen Session auf den 4. Juli einberufen werden, lautet also:

Nachdem in den Staaten Süd-Carolina, Georgia, Alabama, Florida, Mississippi, Louisiana und Texas vermög so gewaltiger Kombinationen, daß sie weder durch die ordentlichen Gerichte, noch durch die dem Staat marschall zugehörenden Befugnisse unterdrückt werden konnten, die Gesetze der Vereinigten Staaten seit einiger Zeit bis zu diesem Tage mißachtet worden sind und deren Handhabung verhindert worden ist, habe ich,

Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, kraft der mir durch die Verfassung und die Gesetze übertragenen Gewalt, es für angezeigt erachtet, die Miliz der verschiedenen Unionsstaaten bis zu 75,000 Mann einzuberufen und ihne ich dies hiemit, um besagte Kombinationen zu unterdrücken und die Handhabung der Gesetze zu sichern. Das Nähere wird den Staatsbehörden durch das Kriegsdepartement unverzüglich mitgetheilt werden.

Ich rufe alle loyale Bürger auf, diese zur Aufrechterhaltung der Macht, der Integrität und der Ehre der Vereinigten Staaten, sowie zur bauernden Erhaltung der verfassungsmäßigen Regierung beschlossene Maßregel zu fördern und zu unterstützen, um lange genug erduldetes Unrecht wieder gut zu machen. Ich halte es für geeignet, hier zu erklären, daß den hiemit einberufenen Mannschaften vor Allem wünschenswertlich die Aufgabe zufallen wird, die Forts, die Plätze und das Eigenthum, welche der Union entrissen worden sind, zurückzuerobren, und es wird in jedem Falle, soweit es sich mit den angegebenen Zwecken verträgt, jede Verwüstung, Zerstörung oder Beeinträchtigung von Eigenthum, sowie jede Verletzung friedlicher Bürger in was nur immer für einem Theile des Landes aufs sorgsamste vermieden werden. Ich befehle hiemit allen Denjenigen, aus denen besagte Kombinationen gebildet sind, sich binnen 20 Tagen von heute an friedlich nach ihren betr. Wohnorten zu verfügen.

In dem Glauben, daß die gegenwärtige Lage des Staats außergewöhnliche Maßregeln erheischt, berufe ich hiemit, kraft der mir von der Verfassung übertragenen Macht, beide Häuser des Kongresses. Die Senatoren und Repräsentanten werden daher aufgefordert, sich in ihren betreffenden Sälen am Donnerstag, 4. Juli um 12 Uhr, einzufinden, um dort diejenigen Maßregeln zu erörtern und zu beschließen, die sie vermöge ihrer Weisheit für die öffentliche Sicherheit und Wohlfahrt nöthig erachten.

Urkundlich Dessen unterzeichne ich hier eigenhändig und lasse dieses Dokument mit Siegel der Vereinigten Staaten versehen. Gegeben in der Stadt Washington am 15. April im J. u. S. 1861, im 85. Jahr der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten. — Abraham Lincoln.

Auf Befehl des Präsidenten: William S. Eward, Staatssekretär.

Das die Eindrücke dieses Schrittes betrifft, so war bei Abgang des Postdampfers Verlässliches kaum noch mitzutheilen. Gouverneur Morgan war, Berichten aus Albany zufolge, bereit, 25,000 Mann für das Bundeskontingent zu stellen, und Gouverneur Courtin von Pennsylvania soll erklärt haben, sein Staat allein würde 100,000 Mann binnen 48 Stunden stellen, wenn es sich um die Vertheidigung Washingtons handeln sollte. Im Uebrigen sind alle Zeitungen mit weitern Berichten über den Fall von Fort Sumter angefüllt. Gestädet wurden in der That nur 2 Leute, und auch diese erst durch einen Zufall, als die Uebergabe des Forts mit Freuden geschrien wurde. Sonst kamen Alle ohne Schaden davon, was Major Anderson selbst nur der Güte der barmherzigen Vorsehung zuschreibt (!). Auch von Erbitterung beim Kampfe war nicht die Rede. Im Gegentheil bewiesen die Angreifer den Vertheidigern des Forts alle erdenklichen Aufmerksamkeiten, schickten ihnen eine neue Sternensflagge, als die alte zerschossen war, und stellten ihnen ihre Köschapparate zur Verfügung, als das Holzwerk im Fort Feuer gefangen hatte. Nach der Kapitulation wurden die Vertheidiger in Charleston mit Ehren und großem Jubel empfangen, und Erbitterung zeigte sich nur gegen die Schiffe der Vereinigten Staaten, die müßig zugeesehen hatten, als das Fort bombardirt wurde. Die Besatzung hatte Alles in Allem aus 70 Soldaten und 25 Handlangern bestanden. Das Fort hätte sich, auch ohne angegriffen zu sein, aus Mangel an Proviant nur einige wenige Tage mehr halten können.

* **Neu-York, 16. Apr.** Major Anderson und seine Mannschaft sind am 15. per „Baltic“ nach Neu-York abgegangen. Zur Vertheidigung von Washington werden große Vorkehrungen getroffen. Des Präsidenten Aufruf um Truppen findet in den nördlichen Staaten begeisterten Anklang. Die Gefreggebung von Neu-York hat 30,000 Mann und 3,000,000 Dollars votirt. Aus Virginien meldet man, daß die Vostrennungsordonnanz bald durchgehen werde. Kentucky hat sich geweigert, der Washingtoner Regierung Truppen zu stellen.

* **Neu-York, 18. Apr.** Der Norden scheint einig, und die Freiwilligen finden sich rasch ein. Von allen Seiten erhält die Regierung freigebige Geldbeiträge. Präsident Davis hat in einer Proklamation zur Ausstellung von Kasperbriefen ermächtigt. Die Gouverneure von Kentucky, Nord-Carolina und Missouri wollen der Bundesregierung keine Truppen liefern. Maryland und Delaware unterstützen die Bundesregierung. In Washington werden Truppen konzentriert. Die südliche Regierung ist im Begriff, 150,000 Freiwillige auszusprechen. Man vernimmt, daß Präsident Lincoln einen abermaligen Aufruf um Freiwillige erlassen wird. Die Bundesflotte ist von Charleston nach Neu-York abgefeselt. In Griffin Town, wie man den untern Theil von Montreal nennt, hat eine Ueberschwemmung einen Schaden von 1,000,000 Dollars verursacht. Menschen sind nicht umgekommen.

* **Lissabon, 30. Apr.** (Sch. M.) Aus Rio de Janeiro vom 9. d. M. wird gemeldet: Ein schreckliches Erdbeben hat Mendoza in der Argentinischen Republik theilweise zerstört. 2000 Häuser sind eingestürzt, die Zahl der Opfer beträgt 7000; die Verluste werden auf 350 Millionen Franken geschätzt.

Vermischte Nachrichten.

— In Wien soll eine „Kopienmuffel in Briefen“ erfunden worden sein. Man erzählt, eine mißliebige Person habe an einem Tage eine Menge Briefe erhalten, die weiter nichts enthielten als das Wort „Miau“.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Koenlein.

Großherzogliche Hoftheater.

Donnerstag, 2. Mai, 2. Quartal. 59. Abonnementsvorstellung: Lucia von Lammermoor; Oper in 3 Akten, von Donizetti. „Edgar“: Hr. Müller, vom k. Hoftheater zu Hannover, als letzte Gastrolle.

*** Den Müttern angelegentlich empfohlen. ***

Dr. med. Merkel's
aromatisches
Kinder-Malz-Pulver
à Schachtel 7 1/2 Sgr.

Für die verschiedenen Altersstufen sorgfältig zubereitet, bewährt sich dies Malz-Pulver zur **Aufhilfe und Kräftigung der Kinder** als ein vorzügliches, leicht verdauliches Nahrungsmittel, welches in den meisten Fällen selbst die **Muttermilch zu ersetzen im Stande ist**, das vornehmlich auch das **Zahnen der kleinen Kinder** sehr erleichtert und von selbst bald als **Liebungspeise** gern genossen wird. — Indem wir daher mit gerechter Zuversicht die Aufmerksamkeit aller Mütter auf dies von kompetenter Seite angelegentlich empfohlene und sich in **überraschender Möglichkeit** tatsächlich bewährende Nahrungsmittel hinlenken, bemerken wir noch, daß Dr. Merkel's **Kinder-Malz-Pulver** nur in Originalpackungen, die mit dem Siegel des Componenten geschlossen sind, zu 7 1/2 Sgr. verkauft und Prospekte und Gebrauchsanweisungen gratis verabreicht werden.

Haupt-Versendungs-Comptoir des Dr. Merkel'schen Kinder-Malz-Pulvers zu Berlin,
Leipzigerstraße Nr. 24. S.602.

Bad Hub.

Mineralbad — Wasserheil-Anstalt und Molkenkur.

Die Wasserheil-Anstalt ist auch für dieses Jahr wieder eröffnet, und bietet dieselbe fortwährend Gelegenheit für vollständige Wasserkuren. — Ebenso ist das **Establishment** eingerichtet in größeren Pflügen mit Privat-salons zur Aufnahme von ganzen Familien eines ländlichen Aufenthalts. Die **Eröffnung der Mineralbäder** findet **Pfingst-Montag** statt. — Prospekte werden auf Verlangen gratis ertheilt, welche das Nähere enthalten. —

Der Arzt der Anstalt:
F. Weisk — Dr. med. **A. Wahl.**

Q.805. München. Geehrten Herren Kollegen mache ich unter Hinweisung auf den vorjährigen Anstaltsbericht die Mitteilung, daß ich meine

Electrische und gymnastisch-orthopädische Heilanstalt für Chronischkranke

im Laufe des vergangenen Jahres unter gleichzeitiger Vergrößerung der auf die Kur und die Verpflegung der Pensionäre abzielenden Arrangements in die für diesen Zweck erworbenen, mit hübschem Garten versehenen Eckallstraße Nr. 8 verlegt habe.

Bericht und Programm durch die Buchhandlung von **Chr. Kaiser** dahier.
München, im März 1861.

Dr. W. Knorr,
praktischer Arzt und Direktor der Anstalt.

Bad Gleisweiler.

E.-B.-Station Landau in der Rheinpfalz.

Kaltwasserkur, warme und Dampfbäder, Kiefernadelbäder; Gymnastik, Electricität, Molkenkur. — Prospekte (zu beziehen durch E. Kaufler in Landau) ertheilt jede deutsche Buchhandlung, nähere Auskunft der seit 1844 der Heilanstalt vorstehende und in derselben wohnende Arzt

Dr. E. Schneider.

S.558. Karlsruhe. **Lehrlingsgesuch.**
Es wird ein junger Mann, mosaischer Religion, unter annehmbaren Bedingungen in ein Kurzwaaren-geschäft als Lehrling gesucht. Zu erfragen bei **Adolph Dreyfuß** in Karlsruhe.

S.752. Mannheim. **Briefe an Colonisten in Brasilien**
werden 2 mal monatlich vermittelt des **General-Consulats in Hamburg** ganz **franko** und pünktlich besorgt durch **Nabus & Stoll** in Mannheim.

S.708. Freiburg i. Br. **Hausverkauf.**
In einer der angenehmsten Lagen der Stadt Freiburg im Breisgau ist ein sehr solides, neues, von Stein erbautes Wohnhaus zu verkaufen. Dasselbe enthält 20 Zimmer und vier Küchen, wovon jede mit einem laufenden Brunnen versehen ist, gewölbte Keller; hiezu Hof und Gärten, mit zwei Hintergebäuden, welche Waschküche, Holzremise, nebst 3 Zimmern und Raum für Pferde- und Wagenremise enthalten. Da sich noch eine kleine Wasserkraft dabei befindet, durch welche jetzt das Wasser durch das ganze Haus geleitet wird und auch an der Hauptstraße eine Ladenauslage vorgelegen ist, so eignet sich das Haus für jedes Geschäft.

Nähere Auskunft ertheilt das öffentliche Geschäftsbureau von **Kav. Siefert.**
Freiburg im Breisgau, den 29. April 1861.

S.393. Ober-Achern. **Versteigerung.**
Auf der hiesigen Lederfabrik werden folgende Gegenstände versteigert:
Eichene und tannene Wendelbäume, verschiedenes Zubehör zu Wasseradern, geschmiedete und gußeiserne Zapfen, Zapfenlager und Nietenstempel, Dauben zu Ständen, Mineralöl-Lampen, Fische, Handwerkszeug und Dielen.

2 schöne starke Maulthiere, 9 Jahre alt und fehlerfrei, Pferdegeschirre, 2 Wagen, eine alte Chaise, ca. 50 Zentner Heu.

S.570. Karlsruhe. **Leihhauspänder-Versteigerung.**
In dem Leihhaus-Bureau werden versteigert
Donnerstag den 2. Mai d. J.,
Nachmittags von 2 Uhr an:
Ober- und Unterbetten, Pflulen, Kissen, Garn, Schuhe, Stiefel, Zinngeschirre, Bügelstiele, Regenstirme etc.;
Freitag den 3. Mai d. J.,
Nachmittags von 2 Uhr an:
Kleidungsstücke, Leinwand, Tuch, Kattun und sonstige Ellenwaaren.

Karlsruhe, den 27. April 1861.

Leihhaus-Verwaltung.

S.612. Karlsruhe. **Pferdeversteigerung.**
Nächsten Freitag, **Vormittags 10 Uhr**, werden im Kasernenhofe zu **Gottesau** 3 aus-rangirte Dienstpferde gegen baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Verrechnung
des großh. Feldartillerie-Regiments.
G. Koch,
Regimentsquartiermeister.

S.632. A. R. 1971. **Hofguts-Versteigerung.**
Auf Antrag der Beteiligten und nach Beschluß großh. Bezirksamts vom 25. d. Mts. wird das zur Verlassenschaftsmasse des Büchsbauern Johann Michael Behrenbach zu **Furtwangen** gehörige Hofgut

Montag den 27. Mai d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,
im Hofguthaus vom Engel daselbst einer nochmaligen öffentlichen Versteigerung ausgesetzt.

Beschreibung des Hofguts:
a) Die Brandstätte (des im Jahre 1857 abgebrannten Wohnhauses mit Detonomiegebäuden) mit noch stehendem gewölbtem Keller, Speicher, Sägmühle, Mahlmühle mit Wohnung, Nebenhaus, f. a. Döbelstube, Messinghampfe und Backofen;
b) ein einfaches Wohnhäuschen, an der Landstraße zunächst der Brandstätte sub lit a,
c) ca. 11 Ruthen Garten,
d) 19 Juchert Ackerfeld,
e) 22 Juchert Wiesen,
f) 100 Juchert Weisfeld,
g) 95 Juchert Wald, mit bedeutenden schlagbaren Stämmen.

Diese Realitäten bilden ein geschlossenes Hofgut. Auswärtige Steigerungsliebhaber haben öffentlich beglaubigte Vermögenszeugnisse vorzulegen.

Achern, den 26. April 1861.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Welfhard.

S.746. Sinshelm. **Früchteversteigerung.**
Montag den 6. Mai d. J., **Vormittags 11 Uhr**, werden wir in unserm Geschäftszimmer 30 Malter Korn, 200 Malter Speck und 100 Malter Haber in scheidlichen Abtheilungen gegen baare Zahlung vor der Abholung versteigern.

Sinshelm, den 29. April 1861.
Großh. Stiftschaffner.
Baus.

S.712. D. Nr. 4404. Karlsruhe. **Versteigerung von Steinhauerarbeit, Borräthen und Werkzeugen,**
und
Aufforderung zur Zahlung von Schul-digkeiten.
Aus dem Nachlasse des Steinhauermeisters Karl

Trier in Karlsruhe werden in seiner Wohnung vor dem Friedrichshof sämtliche Borräthe und Werkzeuge gegen baare Bezahlung öffentlich versteigert, und zwar am

Montag den 6. und Dienstag den 7. Mai,
je **Vormittags 9 Uhr** und **Mittags 2 Uhr**
anfangen:

Einige Graphie- und Grabsteine, Kreuze, Postamente, Kaminränge, Dienstfische, Wassersteine, Einfassungen, Platten, Tröge, Staffeltreite, rauhe Steine, Quader, Sockel, Kanäle, Bassinistücke u. s. w.; am

Mittwoch den 8. Mai d. J.,
früh 9 Uhr und **Mittags 2 Uhr**:
Werkzeuge für Steinhauer, Gerüstholz, Dielen, Lat-ten, Steinwagen, Schubkarren, ein Krähnen, eine Schmiedeseife mit Zugehör etc.,
Sodann um 2 Uhr sämmtliche Herrenkleider.

Zugleich werden die Schulden der Verlassenschaftsmasse aufgefordert, ihre Schuld an Witwe Trier in-nerhalb 4 Wochen zu bezahlen, indem sie sonst gerichtliche Klage zu gewärtigen haben.

Karlsruhe, den 29. April 1861.
Großh. bad. Stadtmagistrat-Revisorat.
G. Gerh. v. d. Müller.

S.720. Nr. 881. Pforzheim. **Eisenbahnbau von Pforzheim nach Mühlacker.**
Die Herstellung der Mauer- und Steinhauerarbeit zu nachstehenden Uebergangswerten auf hiesiger Gemar-tung soll auf dem Commissionwege vergeben werden:

1) Die Durchfahrt des Blumenheden-wegs, Anschlag	2,167 fl.
2) die Durchfahrt bei der Bleichschiede	9,281 fl.
3) ein Dohlen bei B. XXII. d. im Ge-wann Stidelhalde	588 fl.
4) ein dlo. bei B. XXII. n. an der Gu-tinger Gemarungsgrenze	492 fl.
Summa	12,528 fl.

Angebote hierauf, nach Procenten des Boranschlags berechnet, sind bis

Samstag den 11. Mai d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
dahier einzureichen, woselbst inzwischigen Baupläne und Kostenüberschläge zur Einsicht offen liegen.

Pforzheim, den 29. April 1861.
Großh. bad. Eisenbahnbau-Inspektion.
W. Arnst. v. d. Weiffert.

S.411. Nr. 398. Lbrach. **Bergebung von Bauarbeiten.**
Zur Straßenanlage von Riechen nach Weil sind auf der Gemarung Riechen

- 2 Brücken über Gewässerkanäle,
- 1 Brücke über den Biebsenfluß und
- 6 Dohlen über Mattengraben

herzustellen.

Die in diesem Behufe erforderlichen Mauer- und Steinhauerarbeiten, veranschlagt zu 4,505 fl. 43 kr. und Zimmermannsarbeiten, ver-an-schlagt zu 10,473 fl. 27 kr. werden zusammen oder getrennt auf den Affordobedingungen vergeben, die nebst Boranschlägen und Bauezeichnungen bei unterzeichnete Stelle zur Einsicht auflegen, allwo Angebote bis zum 6. d. Mts. schriftlich und versiegelt einzureichen sind.

Lbrach, den 21. April 1861.
Großh. bad. Wasser- und Straßenbau-Inspektion.
Ruoff.

S.643. V. J. Nr. 162. Langensteinbach. (Holz-versteigerung.) Aus Domänenwäldungen diesseiti-gen Forstbezirks werden bis

Montag den 6. Mai 1861
in den Distr. Tannen, Unter-Waisenebach und Klo-sterwald nachbenannte, von Windfällen und dürren Stämmen aufgemachte Hölzer versteigert:

37 Stämme tannenes Bauholz, 7 Stück tannene Sägflöße, 104 1/2 Klstr. tannenes Scheiterholz, 2 1/2 Klstr. buchenes, 2 1/2 Klstr. gemischtes und 35 1/2 Klstr. tannenes Prügelholz und einige Loos Reihholz.

Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr an der Waisenebach bei Langensteinbach.

Langensteinbach, den 26. April 1861.
Großh. bad. Bezirksforst-ei.
Vöfel.

S.727. Nr. 424. Staufen. (Holzversteigerung.) Aus Domänenwäldungen werden mit halbjähriger Vorfrist versteigert

Freitag den 10. Mai d. J.,
in den Distrikten Dödenbrunn, Schindler und Glas-fersgrund, Gemarung Unterminsterthal:

51 1/2 Klstr. buchenes, 24 1/2 Klstr. tannenes Scheit- und Klobholz; 58 Klstr. buchenes, 6 Klstr. tannenes Prügelholz, 2225 buchene, 500 tannene Wellen und 2 Loos Abfallreis;

Montag den 13. Mai d. J.,
im Distrikt Pfaffenbach, Gemarung Oberminsterthal:

65 tannene Stangen, 1 1/2 Klstr. elenes Klobholz, 1 1/2 Klstr. buchene Wagenstiele, 40 Klstr. tannenes Scheit- und Klobholz, 129 Klstr. buchenes, 7 1/2 Klstr. tannenes und 13 Klstr. gemischtes Prügelholz, 2400 buchene, 25 tannene Wellen und 2 Loos Abfallreis;

Donnerstag den 16. Mai d. J.,
in den Distrikten Diegelbach, Breitmatteföfle und Riegenbach, Gemarung Unterminsterthal:

3 Klstr. eigene Stochpälter, 9 Lang, 1 1/2 Klstr. eigenes Klobholz, 4 lang, 30 Klstr. eigenes Scheit- und Klob, 63 1/2 Klstr. buchenes Scheit- und Klob, 15 1/2 Klstr. tannenes Scheit- und Klobholz, 3 Klstr. buchenes, 8 1/2 Klstr. tannenes, 1 Klstr. elenes und 40 1/2 Klstr. gemischtes Prügelholz, 1200 tannene, 2250 gemischte Wellen und 8 Loos Abfallreis.

Die Zusammenkunft ist am 10. in der Neumühle, am 13. beim Kloster St. Trudbert, und am 16. im Hofwirthshaus zu Unterminsterthal, jeweils **Vormittags 9 Uhr**.

Staufen, den 28. April 1861.
Großh. bad. Bezirksforst-ei.
Meel, Dienstverweser.

S.726. Nr. 126. Mittelberg. (Holzversteigerung.) In den Domänenwaldstücken Klosterwald und Mittelberg versteigern wir bis

Dienstag den 7. Mai d. J.,

41 Stämme tannenes Bauholz und 124 Stück tannene Sägflöße; 1/2 Klaster buchenes, 1/2 Klaster birkenes und 18 1/2 Klaster tannenes Scheiterholz, 3 1/2 Klaster buchenes und 42 1/2 Klaster gemischtes Prügelholz, 75 Stück buchene Wellen und 8 Loos unanbereitetes ge-mischtes Reih.

Zusammenkunft früh 9 Uhr auf dem Neuhof-schwanberhof.

Mittelberg, den 29. April 1861.
Großh. bad. Bezirksforst-ei.
P. Artw. g.

S.715. Nr. 3795. Durlach. (Versteige-rung.) Die Ausschreibung und Vergütung un-brauchbarer Gerichtsalten betr.

Mittwoch den 8. d. M., **Vormittags 10 Uhr**,
werden auf diesseitiger Registratur ungefähr 20 Zent-ner zur Vergütung ausgegebener Akten öffentlich ver-steigert, wozu wir mit dem Bemerken einladen, daß diese Akten bestehender Vorchrift gemäß eingeklopft oder sonst verligt werden müssen.

Durlach, den 26. April 1861.
Großh. bad. Amtsgericht.
G. a. u. p.

S.613. Nr. 3922. Emmendingen. (Verla-bung und Fahndung.) J. u. E. gegen Joseph Witt von Nieberhausen, wegen Diebstahls.

Beschluß.

Da der Aufenthaltsort des Angeklagten bis jetzt nicht ermittelt wurde, so wird derselbe hiermit zur Er-öffnung der Zusammenstellung vom 18. v. Mts. auf **Montag den 14. Mai d. J.,** **Vormittags 11 Uhr**, mit dem Bemerken anber vorgeladen, daß im Falle seines Nichterscheinens die Akten großh. Hofgericht des Oberbrettreises zur Fällung des Urtheils vorgelegt würden.

Zugleich wird unser Ausschreiben vom 25. v. Mts., Nr. 2772, S. 264 des Fahndungsblattes, wiederholt.

Emmendingen, den 27. April 1861.
Großh. bad. Amtsgericht.
S. a. u. p.

S.744. Nr. 3316. Mannheim. (Erbvor-sagung.) Hermann und Simon Zimmermann von Mannheim, deren Aufenthalt dahier unbekannt ist, oder deren Nachsorsorsager werden aufgefordert, sich binnen 3 Monaten

zur Erbtheilung der dahier verlebten Witwe des Par-ticulars Martinus Berliner, Sara, geb. Zimmermann, zu melden, widrigenfalls der Nachsors lediglich Den-jenigen zugewiesen würde, welchen er zuläme, wenn sie zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Mannheim, den 25. April 1861.
Großh. bad. Stadtmagistrat-Revisorat.
Wintler.

S.634. Nr. 5691. Erberg. (Aufforde-rung.) Der Reutrat Leander Seba von Neustich, welcher am 1. April zu dem großh. Feldartillerie-Regi-ment in Karlsruhe einrückte, ist abwesend. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen dahier oder bei dem Kommando dieses Regiments zu stellen, widrigenfalls er des badien Staatsbürger-rechts für verlustig erklärt und in eine Geldstrafe von 800 fl. verurteilt würde.

Zugleich wird auf das Vermögen desselben Beschlag gelegt.

Erberg, den 26. April 1861.
Großh. bad. Bezirksamt.
J. A. d. A.
Martin.

S.679. Nr. 6143. Bruchsal. (Aufforde-rung.) Die Gesein des Johann Maier von Unter-grensbach, Karlsruhe, geborne Doll, hat sich heimlich von Hause entfernt, und ist dem Vermuthen nach unerlaubt ausgewandert. Derselbe wird aufgefor-dert,

binnen 6 Wochen
wieder in ihre Heimath zurückzukehren, widrigenfalls gegen sie, unter Verlust ihres Heimathrechtes, der ge-sehliche Abzug von 3 Proz. des mitgenommenen und anfallenden Vermögens ausgesprochen würde. Auch wird deren Vermögen mit Beschlag belegt.

Bruchsal, den 28. April 1861.
Großh. bad. Oberamt.
Veiber.

S.714. Nr. 5354. Donaueschingen. (Ur-theil.) J. u. E. gegen Agnes Hildebrand von Bräu-lingen, wegen Unterschlagung,

wird auf geführte Untersuchung erkannt:
Die Agnes Hildebrand sei der Unter-schlagung eines Büchleins im Werthe von 1 fl. 15 kr., zweier feinerer Halsstücken im Werthe von 2 fl. 36 kr., und zweier Schachspiel mit Zuckerverwert im Werthe von 1 fl. 30 kr., zum Nachtheil der Frau Domänenrath Winter-mann dahier, schuldig zu erklären, und daher zu einer zwölfjährigen Anstaltstrafe verurteilt, und 4 Tage gefesselt durch Hungersnot und 2 Tage gefesselt durch Dunkelarrrest — und zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens und der Urtheils-vollstreckung zu verurtheilen.

Donaueschingen, den 27. April 1861.
Großh. bad. Amtsgericht.
A. d. A.

S.624. Nr. 3491. Redarbischofsheim. (Er-kenntniß.) Da sich Georg Bernhard Michel von Hüffenhard auf die öffentliche Verlobung vom 16. Ja-nuar d. J., Nr. 588, nicht gestellt hat, wird er des Staats- und Gemeindegemeindegerechts für verlustig er-klärt und in die gesetzliche Vermögensstrafe verurteilt.

Redarbischofsheim, den 25. April 1861.
Großh. bad. Bezirksamt.
Benig.

S.685. Nr. 2925. Neustadt. (Belanntma-chung.) Kaspar Wintermantel von Eßlingen hat sich nachträglich zur Annehmung gestellt. Es wird daher das gegen ihn erlassene Ausschreiben vom 31. Debr. v. J., Nr. 134, und 22. Februar d. J., Nr. 1425, sowie die verfügte Vermögensbeschlagnahme zu-rückgenommen.

Neustadt, den 25. April 1861.
Großh. bad. Bezirksamt.
Müller.

S.716. Nr. 3331. Geroldsheim. (Bür-germeisterwahl.) Der auf den Müllermeister Philipp Tröger von Geroldsheim gefallenen Wahl zum Bürgermeister dieser Gemeinde wurde die Staats-behätigung ertheilt und hat man ihn heute auf seinen Dienst verabschiedet.

Geroldsheim, den 26. April 1861.
Großh. bad. Bezirksamt.
Reff.

S.737. Meinen Freunden und Bekannten sage ich ein herzlichliches Lebwohl.

Peter Boland aus Mainz.

(Mit einer Beilage: „Das Kiefernadelbad Wolsch.“)